

Statement des DFG-Präsidenten zur Berliner Rede des Bundespräsidenten am 18. Mai 2001

Die DFG hat die Rede des Bundespräsidenten zur Kenntnis genommen. Es ist keine Frage: Gerade dort, wo der Mensch selbst in den Blickpunkt forscherschen Bemühens gerät, müssen Grenzen gelten und gezogen werden. Die ständig steigende Lebensqualität und -erwartung zeigen jedoch auch, dass diese Grenzen immer wieder verändert worden sind und auch in Zukunft Veränderungen unterliegen müssen. Auch können solche Grenzziehungen nicht isoliert von Entwicklungen in Europa formuliert werden. Die DFG vermisst daher in der Rede des Bundespräsidenten konkrete Hinweise darauf, wie diese notwendigen und unausweichlichen Grenzveränderungen transparent gemacht und im Interesse unserer Gesellschaft gehandhabt werden können. Die DFG erwartet von der sich jetzt entwickelnden Diskussion Anhaltspunkte dafür, wie und ob überhaupt in Deutschland an diesen Grenzen verantwortbare wissenschaftliche Weiterentwicklungen anzugehen sind.